



Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de
www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

Berlin, 23.11.06

Die CDU soll ihre Blockade beim Kampf gegen den Feinstaub aufgeben! Rossmann: „Förderung von Russpartikelfiltern muss kommen“

„Für die Halter von Diesel-PKW, die ihre Fahrzeuge nachrüsten wollen, für die von Feinstaub betroffenen Bürger in den Städten und die Hersteller der Nachrüstsets stellt die Entscheidung der CDU-Bundestagsfraktion einen Schlag ins Gesicht dar“, ärgert sich der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann. Der mühsam erzielte Kompromiss war auch die Einlösung eines Versprechens und kann nach dieser nicht nachvollziehbaren Entscheidung der CDU-Bundestagsfraktion zu einem Vertrauensverlust der Bürger in die Politik führen“, so Rossmann weiter.

„Die CDU-Bundestagsfraktion ist aufgefordert, schnellstens ihre Blockadehaltung aufzugeben und der Einbringung des Gesetzentwurfes im Interesse der Betroffenen zuzustimmen, anstatt durch den Aufbau von bürokratischen Hürden den Entwurf scheitern zu lassen“, appelliert der SPD-Abgeordnete.

Nach jahrelangem Ringen um einen Kompromiss zwischen Bund und Ländern hatten in der vorletzten Woche auch die Länderfinanzminister dem Konzept der Umweltminister von Bund und Ländern zugestimmt. Nachdem die Regierungsfractionen in dieser Woche ursprünglich einen Gesetzentwurf in das Plenum einbringen wollten und die beteiligten SPD-Arbeitsgruppen zugestimmt hatten, lag eine Lösung in greifbare Nähe. Durch die Blockade der CDU-Fraktion gerät vor allem die rückwirkende steuerliche Förderung für das Jahr 2006 in Gefahr.

Das Förderkonzept sah vor, dass alle zwischen dem 1. Januar 2006 und dem Jahr 2009 nachgerüsteten Diesel-PKW eine Steuerbefreiung in Höhe von 330 € erhalten sollten. Durch die rückwirkende Regelung wären auch die Autobesitzer, die frühzeitig ihr Auto umgerüstet haben, in den Genuss der Förderung gekommen. Neufahrzeuge sollten von der steuerlichen Förderung allerdings ausgeschlossen bleiben. Zur Gegenfinanzierung sollte der Steuersatz für Diesel-PKW, die über keinen Partikelfilter verfügen, ab Januar 2007 bis 2010 um 1,20 € pro 100 cm³ angehoben werden. Damit war der Kompromiss für die Bundesländer steuerlich aufkommensneutral.